

Calwer Tagblatt

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

CALWER ZEITUNG

DONNERSTAG, 10. JULI 1952

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

8. JAHRGANG / NR. 116

Sachliche Parlamentsdebatte über die Verträge

Adenauer: Ein geschichtlicher Wendepunkt / Schmid: Weder Souveränität noch Gleichberechtigung

Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

BONN. Temperatur und Atmosphäre des großen Sitzungssaales im Bundeshaus waren gestern morgen, als die große Debatte über die Vertragswerke begann, durchaus „temperiert“. Ein erfrischendes Gewitter, das am Vorabend über Bonn niedergegangen war, hatte die unerträgliche Hitze gemildert. Die Techniker hatten darüber hinaus mit Hilfe der Klimaanlage die Temperatur im Sitzungssaal unter 20 Grad gedrückt. So kam es, daß zu Beginn der großen Debatte kein Abgeordneter von der Erlaubnis des Ältestenrates Gebrauch machte, in Hemdsärmeln zu erscheinen. Doch trugen viele helle Jacken. Auch auf der Regierungsbank herrschten helle Anzüge vor. Der Bundeskanzler trug zum dunkelbraunen Anzug ein weißes Hemd und eine silbergraue Krawatte. Lebhaft unterhielt er sich vor der Sitzung, ab und zu freundlich lächelnd, mit Staatssekretär Hallstein. Die entspannte Atmosphäre wurde sichtbar, als der wie immer dunkelgekleidete Bundestagspräsident Dr. Ehlers unter dem Beifall aller Fraktionen den Abgeordneten Köhler (CDU), Ludwig (SPD) und Rath (FDP) zu ihrem 60. und dem Abg. Schill (CDU) zu seinem 64. Geburtstag gratulierte. Zuschauer- und Presstribüne waren überfüllt. Die Rundfunkleute mit ihren Aufnahmegeräten brachten in das Bild die Note eines „großen parlamentarischen Tages“.

Die Debatte wurde mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers eingeleitet. Dr. Adenauer führte aus, daß mit den Verträgen das Besatzungsstatut fortfalle, alle wirtschaftlichen Beschränkungen aufgehoben werden und neben der amerikanischen Unterstützung auch mittelbar ein Bündnis mit Großbritannien erreicht würde. Ferner würden durch die Verträge europäische Kriege ausgeschlossen und die Bundesrepublik erhalte denkbare größte Sicherheit. Sie werde Subjekt „Damit“, fuhr Adenauer wörtlich fort, „können wir als Mithandelnde nun alle unsere Kräfte für die Entspannung der Situation im Frieden einsetzen.“ Bei Ablehnung der Verträge seien keine neuen Verhandlungen auf der bisherigen Ebene möglich.

„Die Behauptung, daß die Verträge die Wiedervereinigung ausschließen, ist falsch“, sagte Adenauer. „Ich meine, daß es klug ist, sich

der Hilfe von drei Mächten zu versichern, dann werden wir auch eines Tages an den Verhandlungstisch mit Rußland kommen.“

Der Bundeskanzler gab zu, daß auch er nicht mit allen Bestimmungen der Verträge einverstanden sei, betonte jedoch, daß man das Vertragswerk als Ganzes sehen und als Ganzes darüber entscheiden müsse. Zum Zusammenhang der Vertragswerke erklärte Adenauer, die Bonner Verträge seien Grundlage und Voraussetzung für den EVG-Vertrag. Die deutsche Geschichte stehe an einer Wende und der Bundestag müsse bei seiner Entscheidung darüber befinden, ob die bisherige Entwicklung und der bisher beschrittene Weg der einzig mögliche sei, oder ob es einen anderen Weg gebe.

Einen großen Teil der Rede bildete die Erläuterung der einzelnen Vertragsbestimmungen durch den Bundeskanzler, bevor die De-

batte unterbrochen wurde, um dann um 13.30 Uhr mit der Rede des CDU-Abg. Gerstenmaier wieder eröffnet zu werden.

Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU) betonte das Ja seiner Fraktion zu den Verträgen. Bei der Zielsetzung der europäischen Einigung, so sagte er, dürfe man nicht die nationalstaatliche Souveränität zum Maßstab aller Dinge werden lassen. Die Beteiligung an der EVG sei ein Akt der Selbststachtung, wenn wir von den Westmächten Garantien für unsere Sicherheit verlangten. Die Meinung, daß es zwischen Ost und West noch eine eigene deutsche Politik geben könne, bezeichnete Gerstenmaier als einen Traum. Es sei auch eine offene Frage, ob der Preis des Verzichts auf Beteiligung an der EVG von der Bundesrepublik überhaupt aufgebracht werden könne und ob ihn die Russen als hoch genug für ihren Abzug aus Ostdeutschland ansehen würden.

Während bis dahin lediglich die Kommunisten die Debatte durch Zwischenrufe unterbrochen hatten, wurde es bei den Ausführungen

(Fortsetzung auf Seite 2)



Walter S. Donnelly, der wahrscheinliche Nachfolger McCloy's, des amerikanischen Hohen Kommissars in der Bundesrepublik. Der heute 56jährige blüht auf eine langjährige, erfolgreiche Tätigkeit im diplomatischen Dienst zurück. Zuletzt war er als Hoher amerikanischer Kommissar in Österreich. Foto: AP

Bemerkungen zum Tage

Vorgelegt

14. Der erste Tag der Bundestagsdebatte über die deutsch-alliierten Verträge verlief ohne spannungsgeladene Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Der Bundeskanzler und die Sprecher der Regierungsparteien dokumentierten ihren Willen zu den Verträgen. Sie unterstrichen ihre Überzeugung, daß die nach ihren Aussagen mit den Verträgen zu erreichenden Ziele der europäischen Einigung, der Sicherung der Bundesrepublik und der Schaffung ausreichender Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung in Freiheit ihnen den Preis der Vertragsbestimmungen wert sind. Es ist eine sehr kleine Gruppe von Abgeordneten in der Regierungskoalition gewesen, die durch Nichtbeteiligung am Beifall für die Regierungserklärung Dr. Adenauers ihre Skepsis zu erkennen gab. Die SPD kam am ersten Tag in der Behandlung der politischen Fragen nur mit einem Sprecher zu Wort, der im wesentlichen die bekannten Gründe des sozialdemokratischen Neins wiederholte. So wenig zuvor Gerstenmaier oder der Bundeskanzler auf den bekannten Standpunkt der SPD eingegangen waren, so wenig polemisierte Karl Schmid gegen einzelne Auffassungen der Regierungsidee. Spürbar war in den Ausführungen Schmid's das Drängen der SPD nach der Formulierung einer Alternative. Wenn Schmid sagte, es gebe nicht nur die Alternative Satellit des Ostens oder Beteiligung an der EVG, sondern auch eine Stellung Deutschlands, die wohl Bindung an den Westen, aber nicht militärische Bedrohung für den Osten bedeute, so zeichnete sich in diesen Worten die Richtung der sozialdemokratischen Vorstellungen deutlicher als bisher ab. Sie dürften im wesentlichen in einer militärischen Neutralisierung bei politischen Bindungen an den Westen liegen.

Ob im Verlauf der ersten Lesung die Opposition diese Auffassung noch präzisiert oder erst nach den Parlamentsferien dazu kommt, scheint uns eine noch offene Frage zu sein. Am Mittwoch war es neben der Dokumentierung der im wesentlichen ja bekannten Standpunkte mehr ein Vorfühlen und ein Abtasten auf beiden Seiten. Daß der Bundeskanzler diesmal eine in sich sehr geschlossene Regierungserklärung abgab und es nicht zu gegenseitigen Diffamierungen zwischen Regierung und Opposition kam, muß als ein Positivum gewertet werden, das der sachlichen Prüfung der Verträge in den Ausschüssen des Bundestags sehr dienlich sein wird.

Gleichberechtigung?

14. Auch wenn das vom Bundesjustizministerium ausgearbeitete Gesetz über die Familienrechtsreform bis jetzt nur einen Entwurf darstellt, so lassen doch die bekannt gewordenen Auszüge erkennen, welche Absicht dem Gesetz zugrunde liegt. Sie ist klar: Im Grundgesetz heißt es in Artikel 3, Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Demgegenüber aber steht das bisher geltende Recht des BGB, das der Frau nicht das volle Maß an Gleichberechtigung gewährt, aber auch nicht die ganze Bürde an Verantwortung auf sich. Das soll jetzt geändert werden.

Vor allem ist vorgesehen, die Bestimmung im BGB zu ändern, die vorsieht, daß der Mann das alleinige Entscheidungsrecht in gemeinschaftlichen ehelichen Angelegenheiten hat. So weit, so gut. Bedenklich aber wird es, wenn man weiterliest: Falls sich die Ehepartner in einer Sache nicht einigen, bleibt die strittige Angelegenheit unerledigt. Daß der Gesetzgeber eine solch verhängnisvolle Kautschukbestimmung in seine Anordnungen aufnimmt, ist nicht ganz verständlich, denn die Konsequenzen, die sich daraus für den Fortbestand vieler Ehen ergeben können, sind im Negativen unausdenkbar.

Dazu kommt aber, und dies ist der Haupteinwand gegen eine solch unverbindliche Bestimmung: Der innere Bestand der Ehe, vor allem, wenn man ihr noch eine sakramental-theologische Bedeutung zumißt, wird in seinem Wesenskern aufgeweicht. Wenn die Ehe ein Konglomerat von zwei beliebigen Wesen und allein als Produkt der Gesetzgebung zu werten wäre, dann wäre jeder Einwand unberechtigt. Da sie aber die aus Vernunftgründen nicht erklärbare, sondern auf Liebe und Ehrfurcht begründete höchste Lebensform menschlichen Zusammenseins ist, kann man ihre inneren Daseinsformen nur bedingt gesetzlichen Regelungen unterwerfen. Und daß der Mann nach abendlich-christlichem Bewußtsein das Oberhaupt der Familie ist und bisher im Letzten zu entscheiden hatte, ist keine Bestimmung eines Gesetzbuches, sondern Ausdruck einer höheren Ordnung, in der die Frau nicht „unter dem Manne“ steht, sondern in der sie „mit ihm“ ist, mit ihm aber in Abgrenzung ihrer Eigenart. Wenn man jetzt durch ein Gesetz Mann und Frau „gleichschalten“ will, so verletzt man dadurch Grundprinzipien, die sich bisher wohl bewährt haben. Kein vernünftiger Mensch zweifelt daran, daß der Frau nicht mehr das Korsett der Konvention übergestülpt werden kann; daß man aber der ehelichen Gemeinschaft gesetzlich zumutet, eine metaphysisch begründete Ordnung der Verschiedenheit aufzugeben, ist nicht gut.

Das Programm der Abtrünnigen

PARIS. Der ehemalige RPF-Abgeordnete Barrachin entwickelte gestern nachmittag auf einem Essen der angelsächsischen Presse das Aktionsprogramm der Abgeordneten, die sich von der Sammelbewegung de Gaulles losgelöst haben.

Innenpolitisch strebt die neue Gruppe, wie Barrachin erklärte, vor allem eine Erhöhung des Lebensstandards der französischen Arbeiterschaft an, insbesondere durch die Lohngestaltung und die Besserung der Lohnverhältnisse. Außenpolitisch bezieht sie sich bei der neuen Gruppe erhebliche Bedenken gegen den Plan einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, da man fürchten müsse, daß sie das Ende der französischen Armee sei. Bevor man an eine Europaarmee denken könne, müsse eine europäische Konföderation geschaffen werden.

Sperrmaßnahmen werden eingeleitet

Scharfer amerikanischer Protest wegen Entführung Dr. Linses

BERLIN. Im Westberliner Polizeipräsidium trafen die Polizeispektoren der verschiedenen Westberliner Bezirke gestern morgen mit den Leitern der Tiefbauämter zu einer Besprechung zusammen, um die vom Senat angeordnete Errichtung von Barrieren an den Übergängen zur Sowjetzone zu beraten. Der Bau der Sperrn soll sobald wie möglich in Angriff genommen werden.

Während die sowjetisch lizenzierte Presse die Entführung des Wirtschaftsreferenten des Untersuchungsausschusses der freihändlerischen Juristen, Dr. Walter Linse, mit keinem Wort erwähnte, stehen die Westberliner Morgenzeitungen ganz im Zeichen dieses ungeheuerlichen Vorfalles. In Leitartikeln werden zum Teil schwere Vorwürfe gegen die Polizei und den Senat erhoben. Verschiedene Zeitungen stellen sich auf den Standpunkt, daß Dr. Linse indirekt das Opfer unzureichender polizeilicher Schutzmaßnahmen geworden sei.

Der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor Mathewson, hat bei den Sowjets scharfsten Protest gegen die Entführung Dr. Linses eingelegt und seine sofortige Freilassung sowie die Auslieferung der Verantwortlichen an die zuständigen Berliner Behörden zur Aburteilung gefordert. In einem Schreiben an den Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin erklärte Mathewson, er sei „schockiert von der Abscheulichkeit dieses Verbrechens“, das nach dem vorliegenden Beweismaterial von „Personen unter sowjetischer Kontrolle“ begangen worden sei. Das Gefühl der Menschlichkeit dürfe nicht verloren gehen.

An besonders gefährdeten Stellen in Westberlin wurde auf Beschluß des Westberliner Senats gestern damit begonnen, Polizeistützpunkte einzurichten, die die Westberliner Grenzen gegen Menschenräuber schützen sollen.

Noch keine Entscheidung in Chicago

Weitere Stimmen für beide Kandidaten / Hoover: Wir verloren den Frieden

CHIKAGO. Auch am Ende des zweiten Tages des republikanischen Parteikonvents in Chicago war es noch völlig offen, ob der republikanische Präsidentschaftskandidat Taft oder Eisenhower heißen wird.

Nach einem ersten Prestigeerfolg Eisenhowers am Montag sprach der Beglaubigungsausschuß des Plenums am Dienstag Senator Taft verschiedene weitere „strittige“ Delegierte zu. Dagegen konnte auch Eisenhower gestern wieder weitere Stimmen für sich gewinnen. Der Beglaubigungsausschuß hat 13 Anhänger Eisenhowers aus Louisiana zum Parteikonvent zugelassen und damit einen Beschluß des republikanischen Parteiausschusses rückgängig gemacht, der diese Sitze den Anhängern Tafts zugesprochen hatte.

Die Hauptrede vor dem Plenum am Dienstag hielt der Expräsident Herbert Hoover, der sich, ohne Namen zu nennen, eindeutig mit den außenpolitischen und militärischen Ansichten Tafts identifizierte und die Europaarmee als ein Phantom bezeichnete. Hoover

sprach, in schroffem Gegensatz zu der Ansicht Eisenhowers, den europäischen Völkern jeden Verteidigungswillen ab. Er warf den letzten demokratischen Regierungen vor, durch ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Kommunismus die Früchte des Sieges verschenkt zu haben. Mit der gleichen Politik sei den Kommunisten in Korea die militärische Initiative überlassen worden. „Den Frieden haben wir verloren.“

Das vorläufig noch unentschiedene Rennen zwischen den beiden Kandidaten hat den Spekulationen um General MacArthur wieder Auftrieb gegeben. Auch ernst zu nehmende politische Beobachter erörtern die Möglichkeit, daß der ehemalige UN-Oberbefehlshaber im Fernen Osten doch die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten erhalten könnte.

Verfassungsarbeit hat begonnen

Gutachten über Name, Wappen und Flagge bei den alten Ländern angefordert

Drahtbericht unserer Stuttgarter Redaktion

STUTTGART. Der Verfassungsausschuß der Stuttgarter Landesversammlung hat am Mittwoch die Arbeit mit der Beratung von zwei Artikeln aus dem Abschnitt über den Staat aufgenommen. Es wurde beschlossen, von den Direktoren der Staatsarchive der bisherigen drei Länder Gutachten über Name, Wappen und Flagge des neuen Landes einzuholen.

Die CDU wollte den Satz im Entwurf der Regierungsparteien: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ ganz gestrichen haben. Der entsprechende Antrag wurde abgelehnt. Die CDU vertrat die christliche Auffassung, daß die Staatsgewalt von Gott ausgehe, der Mensch sie aber ausübe. Man einigte sich, das Wort „alle“ durch „die“ zu ersetzen. Dieser

Formulierung stimmte dann auch die Mehrheit der Opposition zu.

Über den Antrag der SPD, die Öffentlichkeit zu den Beratungen des Ausschusses zuzulassen, wurde kein Beschluß gefaßt. Darüber muß noch das Plenum mit Zweidrittel-Mehrheit entscheiden. Die DVP sprach sich gegen den Antrag aus.

Zu Beginn der Sitzung legte Dr. Gebhard Müller den Vorsitz des Ausschusses nieder. Offenbar möchte ihn die CDU als Debattenredner nicht missen. Zum neuen Vorsitzenden wurde wieder ein Abgeordneter der CDU, Dr. Franz G. o. g. einstimmig gewählt.

Der Verfassungsausschuß setzt seine Arbeit am 16. Juli fort.

Reformvorschläge überreicht

Tunesische Regierung soll im Amt bleiben

TUNIS. Der französische Generalresident in Tunesien, de Hautecloque überreichte dem Bey von Tunis am Dienstag den endgültigen Text der französischen Reformvorschläge für Tunesien.

Aus Kreisen, die dem Generalresidenten nahestehen, verlautet, de Hautecloque habe darauf gedrungen, daß die von Ministerpräsident Bakkasch geführte tunesische Regierung im Amt bleibt, bis die Reformen durchgeführt sind. Der Bey soll dieser Forderung zugestimmt haben. Der Generalresident soll dem Bey das Zugeständnis gemacht haben, daß am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, 933 tunesische politische Häftlinge wieder freigelassen werden.

Mit den Augen Adenauers und Schmid

Die Grundsatzreden der ersten Lesung

Der Kanzler will zuerst das Bündnis und dann verhandeln — die SPD möchte umgekehrt verfahren

BONN. Im dichtbesetzten Sitzungssaal des Bundeshauses rief Bundeskanzler Dr. Adenauer den Bundestagsabgeordneten gestern zu, daß ihr „Ja“ oder „Nein“ zum Deutschlandvertrag und zum Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft entscheidend sein werde für das Schicksal Deutschlands und Europas. Dr. Adenauer leitete mit seiner Regierungserklärung die zweite Bundestagsdebatte über die neuen deutsch-alliierten Vertragswerke ein.

Der Bundeskanzler wies das Parlament besonders auf die mit den Vertragswerken in Verbindung stehenden anderen Abkommen hin, vor allem auf den Bündnisvertrag mit Großbritannien, die Vereinbarung mit der Nato und die Sicherheitserklärung der USA. Der Bundestag habe eine Entscheidung von wahrhaft geschichtlicher Bedeutung zu treffen.

Der Kanzler erklärte, daß er nicht auf die Auffassung des Bundesrates, zu der Frage, ob die Gesetze zustimmungsbedürftig sind oder nicht, eingehen werde, auch nicht auf die Frage, ob das Zustimmungsgesetz zum EVG-Vertrag verfassungsändernd sei und damit

nur mit zwei Drittel Mehrheit angenommen werden könne. Damit beschäftigte sich noch das Bundesverfassungsgericht.

Jetzt komme es darauf an, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit eine klare Stellungnahme zu zeigen. „Das deutsche Volk soll selbst sehen, um was es geht.“ Die Tatsachen sollten nicht durch juristische Darlegungen verschleiert werden. Das Volk solle sich selbst ein Urteil bilden können. Das Urteil werde bei den Bundestagswahlen im kommenden Jahr zum Ausdruck kommen. Er selbst sehe diesem Urteil mit Zuversicht entgegen, „weil ich weiß, daß das deutsche Volk den Weg bejaht, den wir gehen.“

Es geht bei der Entscheidung über die Verträge darum, ob sich die Bundesrepublik an den Westen anschließen wolle oder nicht und ob sie sich den Schutz der Atlantikpaktorganisation sichern wolle oder nicht. Es gehe darum, ob die Bundesrepublik den Zusammenschluß Europas wolle oder nicht, ob sie die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien Europa wolle oder ob sie die Teilung Deutschlands hinnehme wolle.

haben wird, zu entscheiden, was es tun und lassen will. Er wies auf die ausdrücklich im Vertrag vorgesehene Revisionsmöglichkeit für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands hin. Nachdrücklich verwahrte er sich gegen alle Behauptungen, daß das Vertragswerk die Wiedervereinigung Deutschlands behindere oder gefährde.

Der Truppenvertrag ist nach den Worten des Kanzlers im ganzen den Verträgen nachgebildet, die für jeden der Nato-Staaten gel-

ten. Zum Überleitungsvertrag äußerte der Kanzler, daß das Problem des Auslandsvermögens keineswegs erst durch den Deutschlandvertrag aufgeworfen worden sei. Das Auslandsvermögen ist leider — wie 1918 — bereits beschlagnahmt und wird zur Tilgung der deutschen Schulden verwendet. Der Deutschlandvertrag gebe der Bundesrepublik aber die Möglichkeit, mit den neutralen Staaten über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens zu verhandeln.

EVG garantiert europäischen Frieden

Den EVG-Vertrag nannte Adenauer den wichtigeren Teil der zusammenhängenden beiden Vertragswerke. „Der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft ist in erster Linie dazu bestimmt, in den nächsten 50 Jahren jeden Krieg unter europäischen Völkern unmöglich zu machen.“ Der Bundestag müsse den EVG-Vertrag ganz besonders unter diesem Blickwinkel bewerten. „Er wird bisher vielleicht zu sehr nur unter dem Gesichtspunkt der Abwehr eines etwaigen russischen Angriffs auf Europa gesehen.“

Der Vertrag werde die allergrößten Konsequenzen für die Schaffung Europas nach sich ziehen. Er werde automatisch die Außen- und die Wirtschaftspolitik der Teilnehmerstaaten einander angleichen, „und damit wird er sehr bald zu einer europäischen Föderation oder Konföderation führen“. Der EVG-Vertrag sei ein Akt, der in der langen kriegerischen Geschichte Europas einzig dastehe.

Hinauszögern ist Ablehnung

Dem Bundestag stellte Adenauer eine dreifache Alternative: 1. Annahme der Verträge und Anschluß an den Westen. 2. Ablehnung der Verträge und Anschluß an den Osten oder Neutralisierung Deutschlands. 3. Hinauszögern einer Entscheidung, um neue Verhandlungen durchzusetzen. Unter dem Beifall der Regierungskoalition rief der Kanzler: „Jede sachlich unbegründete Verzögerung der Verträge aber ist nichts anderes als eine in eine andere Form gekleidete Ablehnung, und sie wird von unseren Partnern auch so empfunden werden.“

Adenauer forderte den Bundestag auf, in nüchternen Klarheit die Folgen einer Ablehnung des Vertragswerks zu übersehen und zugleich mit voller Verantwortung zu prüfen, ob die Annahme der Verträge Deutschland nicht auf dem seit 1945 beschrifteten Wege

ein entscheidendes Stück vorwärts bringe. „Die deutsche Geschichte steht an einer Wende und es ist nötig, daß man sich klar macht, welchen Weg wir zurückgelegt haben, damit man in die Lage versetzt wird, zu übersehen, ob der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig ist und ob es auch richtig ist, diesen Weg fortzusetzen.“

Defensiver Charakter der Bündnisse

Er unterstrich den defensiven Charakter der westlichen Verteidigungsfront. Alle Pakte und Bündnisse seien erst geschlossen worden, nachdem die Sowjetunion die Krise heraufbeschworen habe. Es gäbe keinen Fall, in dem der Westen von sich aus einen Angriff vorgenommen habe.

Unter dem Beifall der Regierungsparteien wies Dr. Adenauer dann darauf hin, daß die Bundesrepublik durch die Verträge nicht mehr Objekt, sondern Subjekt im diplomatischen und strategischen Kräftefeld werde. Deutschland dürfe nicht Niemandesland zwischen den Mächten sein. „Ich bin der Auffassung, daß es dringend war, aus dem Zustand der Schwäche herauszukommen.“ (Beifall bei den Regierungsparteien, Zwischenrufe der Kommunisten.) Auch Deutschland müsse seine Kräfte mit einsetzen, um die Spannungen auf friedlichem Wege zu lösen. Wenn Deutschland nur Objekt bleibe, dann bestünden diese Möglichkeiten nicht.

Deutsches Nein ein Erfolg für Moskau

Eine Nichtbilligung der Bundesrepublik und ein Nichtabschluß der Verträge bedeuten nach Ansicht des Kanzlers einen diplomatischen Erfolg der Sowjetunion. Die Auffassung von der Möglichkeit neuer Verhandlungen auf der gleichen Basis mit den Westmächten sei irrig. Die Folge einer Ablehnung sei vielmehr, daß die Westmächte ihre Politik überprüfen müßten. Das Besatzungsstatut würde dann bestehen bleiben und in verschärfter Form angewandt werden. „Aber was noch wichtiger ist“, fuhr Adenauer fort, die Hoffnungen der deutschen Bevölkerung der Sowjetzone auf Wiedervereinigung würden durch eine Ablehnung der Verträge zerstört werden. „Es wäre in einem solchen Fall unmöglich, die Wiedervereinigung Deutschlands voranzutreiben.“

Für die Wiedervereinigung sei zwar die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte notwendig. „Ich bin aber der Auffassung, daß wir uns durch die Verträge die Hilfe von drei Mächten bereits sichern.“ (Beifall bei den Regierungsparteien, Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Nur mit Hilfe der drei Mächte sei es möglich, die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zu bringen. Es sei daher nicht vorstellbar, wie durch den Abschluß der Verträge die Möglichkeiten der deutschen Wiedervereinigung verschlechtert werden könnten. „Eins müssen wir jedoch mit aller Deutlichkeit erklären: Ein Gesamtdeutschland auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens ist nicht möglich.“ (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn davon gesprochen werde, daß die Sowjetunion nach Abschluß der Verträge zum heißen Krieg neigen könnte, so sei das Gegenteil richtig. „Ich bin der Überzeugung, daß man einen hoch gerüsteten totalitären Staat nicht dadurch von einer Aggression abhält, daß man möglichst schwach bleibt.“ (Zurufe: Sehr richtig.) Mit jeder Stärkung der westlichen Verteidigungskraft wachse die Wahrscheinlichkeit, daß Sowjetrußland nicht zum heißen Krieg übergeht.

Rücksicht auf öffentliche Meinung

Dr. Adenauer betonte, daß in vielen Bestimmungen der Verträge auf die öffentliche Meinung einzelner Länder Rücksicht genommen worden sei. Es ist nicht immer möglich gewesen, den eigenen Standpunkt durchzusetzen. Man könne aber sagen, daß die früheren Siegerländer großes Entgegenkommen gezeigt haben. Besonders die Vereinigten Staaten hätten Wert darauf gelegt, daß die Bundesregierung gleichberechtigt ist.

„Ich bin grundsätzlich mit einer Viermächtekonferenz einverstanden“, fuhr Dr. Adenauer fort, es dürfe jedoch keine Verschleppungstaktik dabei angewandt werden.

Deutschland, das im Herzen Europas liegt, könne nicht allein auf sich selbst bestehen. Das habe schon Bismarck erkannt und er habe sich deshalb mit anderen Staaten verbündet. Heute sei Deutschland mehr denn je auf Bundesgenossen angewiesen, um seine Freiheit zu bewahren. „Durch die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Zusammenarbeit mit Großbritannien und das Sicherheitsversprechen der USA bekommt unser Land Sicherheit.“

Der Bundeskanzler appellierte abschließend an das Parlament, mit der Ratifizierung nicht zu zögern. Unter starkem Beifall der rechten Seite des Hauses schloß er: „Mit diesen Verträgen werden wir der Schaffung eines Vereinigten Europas, der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, dem Frieden und der Freiheit dienen.“

Gibt es einen besseren Weg?

Die Fragestellung laute, ob die Abmachungen es gestatten, diese Ziele zu erreichen, oder ob es einen anderen, besseren Weg gebe. Wenn es einen solchen Weg nicht gebe, „dann muß man den Mut haben, diese Entscheidungen zu treffen und ja zu ihnen zu sagen“.

Der Kanzler wies dann auf den Zusammenhang zwischen Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag hin. Den Westalliierten könne nicht zugemutet werden, auf ihre durch die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erworbenen Rechtspositionen zu verzichten, solange Deutschland nicht in den Westen eingegliedert ist. Keine europäische Verteidigungsgemeinschaft sei mit einem Staat möglich, der unter Besatzungsstatut stehe. Adenauer erwähnte, daß überlegt werden müsse, welche Bestimmungen des Deutschlandvertrages bereits in Kraft gesetzt werden sollten, wenn Deutschland und Frankreich ratifiziert haben.

Der Bundeskanzler ging anschließend auf die Bestimmungen des Deutschlandvertrages ein. Er wies darauf hin, daß die Eingliederung der Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die westliche Gemein-

schaft in der Präambel als gemeinsames Ziel der Vertragspartner genannt wird. Ebenso seien nach der Präambel die Wiedervereinigung und ein frei vereinbarter Friedensvertrag ein gemeinsames, grundlegendes Ziel der Vertragspartner. Zur Souveränitätsfrage sagte der Kanzler, im Zweifelsfalle spreche die Vermutung dafür, daß die Bundesrepublik durch den Vertrag souverän wird. Die Vorbehalte der Alliierten lägen auch im Interesse der Bundesrepublik.

Der Sowjetunion dürfe nicht die Möglichkeit gegeben werden, unter dem Vorwand, daß sich die drei Westmächte von allen ihren Verpflichtungen gelöst hätten, ihre Politik gegenüber der Sowjetzone zu begründen. Man gehe davon aus, daß eine Wiedervereinigung im Wege der Verhandlungen auch mit der Sowjetunion möglich ist. Dabei müsse Deutschland gleichberechtigter Verhandlungspartner sein.

Gesamtdeutschland kann frei entscheiden

Adenauer hob hervor, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nach den Bestimmungen des Deutschlandvertrages die volle Freiheit

Schmid: Nein, die Weichen stehen falsch ...

Professor Karl Schmid forderte im Namen der SPD die Ablehnung des Vertragswerkes. Es verlange Leistungen von Deutschland, die man freien Völkern nie zumuten würde. Auf der anderen Seite erhalte Deutschland weder Souveränität noch Gleichberechtigung, noch werde das Besatzungsstatut abgeschafft. Der EVG-Vertrag entziehe das deutsche militärische und einen Teil des finanziellen Potentials der deutschen parlamentarischen Kontrolle. Durch den Generalvertrag verpflichte man sich, die Rolle eines besetzten Landes zu akzeptieren und lasse sich das Recht auf eine eigene aktive, auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichtete Politik blockieren.

Die Lösung der deutschen Frage

Vornehmstes Nahziel der deutschen Politik müsse sein, auf eine Viermächtekonferenz hinzuwirken, „auf der der Westen und der Osten klipp und klar zum Ausdruck bringen sollen, wie man sich dort, wo man noch Geschichte machen kann, die Lösung der deutschen Frage vorstellt und welcher Preis von der einen und welcher von der anderen Seite für das Einverständnis verlangt wird“. Das setze voraus, daß man heute keine vollendeten Tatsachen schaffe, die den Russen jedes Interesse an Verhandlungen nehmen; „denn die Einheit Deutschlands können wir nur bekommen, wenn sich die vier Besatzungsmächte über gesamtdeutsche Wahlen einigen.“ Wenn bei den Verhandlungen herauskommen sollte, daß die Russen die Einheit Deutschlands nur wollen, wenn Deutschland eine russische Provinz wird, dann sei eine neue Lage geschaffen. Sollte es dann nötig sein, mit den westlichen Mächten Verträge zu schließen, dann müsse man erneut verhandeln und dabei von der Vorstellung eines Europas ausgehen, in dem alle „nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der lebendigen Wirklichkeit“ gleiche Rechte und Pflichten haben.

Gründe der Ablehnung

Die Opposition der SPD gegen die Verträge begründet Schmid mit den Worten: „Wenn einer, der sieht, daß die Weichen falsch gestellt sind und der Zug einem Unheil entgegenfährt, die Notleine zieht, dann treibt er keine Obstruktion, sondern er tut seine Pflicht.“ Amerika werde auch nach Ablehnung der Verträge Deutschland nicht aufgeben, und das Besatzungsstatut könne in einem solchen Fall über den Inhalt des Generalvertrages hinaus kaum noch realisiert werden. Neue Verhandlungen würden auch deshalb zu einem erträglicheren Ergebnis führen, weil das Jahr 1952 einen anderen Ausgangspunkt biete als 1950 und 1951.

Seine Vorschläge seien kein Patentrezept. Sie würden aber eine Chance für Lösungen geben, die wir alle annehmen können und die uns die Einheit unseres Vaterlandes bring-

gen können, die jedem Europäer die wichtigste Etappe auf dem Weg nach Europa sein sollte“.

Karl Schmid warnte davor, die Saarfrage bei wichtigen Entscheidungen auszuklammern. Er fragte die Regierung, ob die USA und Großbritannien weiter zu der Zusicherung stehen, die sie 1948 Frankreich gegeben hatten und nach der sie die französischen Saarpäne auf einer Friedenskonferenz unterstützen wollten. „Frankreich kann das Recht an der Saar herstellen, wenn es das Recht und die Einheit Deutschlands haben will“ (Beifall links).

Professor Schmid betonte, daß die jetzige Bundesrepublik nur ein Provisorium sein könne. „Ein Provisorium kann nur Provisorien schaffen und sich nicht anmaßen, Endgültiges aufzurichten, das den Status Gesamtdeutschlands präjudizieren könnte.“ Aus der Erkenntnis, daß die Bundesrepublik kein Selbstzweck sei, hätte sich die Hauptforderung ihrer Außenpolitik, nämlich die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu schaffen, ergeben müssen.

Keine „Außenpolitik des Revisionismus“

Eine „Außenpolitik des Revisionismus“ sei gefährlich. Es dürfe für die Dauer als eigene vertragliche Verpflichtung nicht das übernommen werden, was einmal auf Grund des Besatzungsrechtes einseitig auferlegt worden sei. Schmid kritisierte dann erneut das Petersberg-Abkommen, den Eintritt der Bundesrepublik gleichzeitig mit der Saar in den Europarat und den Schumanplan.

Der EVG-Vertrag enthalte die Verpflichtung, „die Bundesrepublik in ein politisches und militärisches System unzulässig einzubringen, das die russische Besatzungsmacht, ohne deren Zustimmung wir die Voraussetzungen

Nur eine „Illusion der Sicherheit“

Die Koalition behauptete, daß durch die Verträge Sicherheit und die Möglichkeit geschaffen werde, die Freiheit in Deutschland zu verteidigen. Die Opposition glaube, daß ohne eine konkrete Verpflichtung der Westmächte zu ganz bestimmten militärischen Leistungen die Verträge nur „die Illusion der Sicherheit“ bringen werden und darüber hinaus durch die notwendig werdenden Leistungen die Gefahr entstehe, daß der kalte Krieg verloren wird. Die Koalition wolle den Westen auch militärisch stark machen, um dann eine offensive Deutschlandpolitik gegen die Russen zu betreiben. Die Opposition sei der Meinung, daß die dazu benötigte Macht durch die Verträge niemals geschaffen wird. Solange niemand militärische Machtmittel einsetzen wolle, sei es eine Illusion zu glauben, daß bei den Russen die Kapitulation vor dem Kriege komme.

für die Schaffung der Einheit Deutschlands nicht leisten können, ob mit Recht oder Unrecht, als gegen sich gerichtet betrachtet“.

Wenn zu echter Partnerschaft wechselseitiges Vertrauen gehöre, warum verbiete man dann den Deutschen den Beitritt zur Nato, in der die Entscheidungen fallen werden? Es sei Tatsache, sagte Schmid, daß die bis 1949 von den Westalliierten abgeschlossenen und gegen Deutschland gerichteten Bündnisse weiterhin bestehen bleiben. „Man wird uns verteidigen, wenn man dies in seinem eigenen Interesse tun muß.“

„Leistungen zu unseren Lasten“

„In all diesen Verträgen gehen die echten Leistungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu unseren Lasten“, sagte Schmid. Die Vertragspartner verzichteten lediglich auf Befugnisse, die sie sich kraft ihres Sieges angeeignet hätten. Auch er sei der Meinung, daß Souveränität ein veralteter Begriff sei. Man könne diesen Begriff aber nicht überwinden, indem man seine eigene Souveränität den Souveränitätsansprüchen anderer opfere.

Die gesamtdeutsche Klausel bedeute in ihren gegenwärtigen Formulierungen, daß die Vertragspartner mit der Aufhebung der Spaltung Deutschlands nur einverstanden sein werden, wenn Gesamtdeutschland alle Pflichten aus dem Generalvertrag und dem EVG-Vertrag übernehme. Rußland werde aber seinen Teil an Deutschland nicht aufgeben, wenn dieser auf Grund einer vertraglichen Verpflichtung dem Westblock zugeschlagen werden soll. „Glaubt man wirklich, die Russen mit dem EVG-Vertrag und Generalvertrag zu einer politischen Kapitulation zwingen zu können?“ Wenn man die Zustimmung der Russen wolle, müsse man ihnen eine Chance lassen.

Besonders scharf wandte sich Schmid gegen die „Alternative Satellit des Ostens oder Vassall des Westens“. Es gebe die dritte Möglichkeit, dem Westen in Formen verbunden zu sein, die der Osten nicht als bedrohlich zu empfinden brauche. (Unruhe, Gelächter rechts, Beifall links).

Die Opposition glaube im Gegensatz zur Koalition nicht, daß man auf dem Weg über die Verträge zu den Vereinigten Staaten von Europa komme. Ein entstehendes Kleinearopa werde die bestehenden Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Endlich, so sagte Schmid, glaube die SPD nicht, daß die Verträge automatisch zur Einheit Deutschlands führen. Alle künftigen Bemühungen müßten darauf konzentriert werden, die Chancen für eine Viermächtekonferenz zu verstärken, in der ein echter Einigungsversuch gemacht werden müsse.

Aus Württemberg

Gaspreise werden erhöht

Stuttgart. Das badisch-württembergische Wirtschaftsministerium hat den Gasversorgungsentwicklungen erlaubt vom 1. Juli an den Gaspreis um zwei- oder drei Pfennige je Kubikmeter zu erhöhen...

100 Jahre Privatklinik Christophbad

Göppingen. Die Göppinger Privatklinik Christophbad (Dr. Landerer Söhne) feierte am Mittwoch ihr 100jähriges Bestehen. Die Anstalt wurde im Jahre 1852 von Dr. Heinrich Landerer als Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke gegründet...

An den Jubiläumsehrlichkeiten am Mittwoch in Göppingen nahmen neben anderen Kultusminister Schenk, Landesbischof Haug, der Präsident des Deutschen Ärztes, Prof. Neuffer, und Prof. Kreischmer als Vertreter der psychiatrischen Wissenschaft teil...

Jugendleiter Haug gestorben

Tübingen. Der Geschäftsführer des Landesjugendausschusses von Württemberg-Hohenzollern, Erwin Haug, ist am Dienstag im Alter von 35 Jahren an den Nachwirkungen seiner Kriegsverletzung gestorben.

Zuerst sollen Sachverständige sprechen

AL Tübingen. Im Zusammenhang mit dem am 12. März erfolgten Einsturz der Pfullinger Spinnersel der Firma Gebr. Wendler in Reutlingen klagt die Firma gegen die Stadt Pfullingen auf einen Schadenersatz in Höhe von 1,5 Mill. DM. Bei der gestrigen Verhandlung vor der Zivilkammer des Landgerichts Tübingen wurde auf beiderseitigen Antrag der Beteiligten das Verfahren solange ausgesetzt, bis die Gutachten der beiden Sachverständigen Dipl.-Ing. Wintergerst, Eßlingen, und Prof. Dr. Walz von der Technischen Hochschule in Stuttgart und die Akten des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehen.

Kurze Umschau im Lande

Bundespräsident Theodor Heuß wird am 24. August in Freiburg den 41. Weinbaukongreß eröffnen.

Das Freiburger Amerikahaus wird, wie Oberbürgermeister Dr. Hoffmann bekanntgab, auf dem Trümmergrundstück des ehemaligen Bertholdgymnasiums gegenüber dem Stadttheater erstellt werden.

Vier Jahre sechs Monate Gefängnis für die Tötung des eigenen Kindes erhielt der 41 Jahre alte Mathias Wildmann aus Bruchsal vom Schwurgericht Karlsruhe.

Infolge Kurzschlusses brach in einer Göppinger Holzspielwarenfabrik am Dienstag ein Feuer aus, das den im Laderaum lagernden Nitrolack und zahlreiche Holzspielwaren in Brand setzte.

Feldbetten für Freiburger Kindergärten wurden von der Jugendhilfsorganisation der amerikanischen Armee (GYA) zur Verfügung gestellt.

Von einem Lastkraftwagen erfaßt und tödlich verletzt wurde in Stuttgart eine 31jährige Frau, die wegen einer Baustelle den Gehweg verlassen hatte und kurze Zeit auf der Fahrbahn gegangen war.

Diplomlandwirte treffen sich zu einem Wochenendgespräch der Evangelischen Akademie Bad Boll am 11. Juli in Bad Boll.

Von einem Staketenzahn aufgespleißt und lebensgefährlich verletzt wurde am Dienstag in

Wie wird das Wetter?

Wetteraussichten bis Freitagabend: Am Donnerstag und am Freitag meist heiter und trocken mit bis zu 30 Grad ansteigenden Tagestemperaturen. Allmählich abschwächende Winde. Nächtl. Tiefsttemperaturen um 12 Grad.

Zur 1200-Jahrfeier des Bistums Würzburg:

Franconia sacra

Meisterwerke christlicher Kunst des Mittelalters im Kilianland

Sankt Kilians Erbe, das im Frankenland durch die Jahrhunderte lebensstark gewachsen ist, hat auch in der Kunst reichen und vielfältigen Ausdruck gefunden. Die zur 1200-Jahrfeier des Bistums Würzburg und der Auffindung der Gebeine des hl. Kilian und seiner Gefährten Kolonat und Totnan in Würzburg veranstaltete Ausstellung „Franconia sacra“ verleiht durch die Schau gleichzeitiger Zeugnisse die ersten Jahrhunderte des Christentums in Franken und läßt das feste Band erkennen, das alle Werke dieser Jubiläumsausstellung umschlingt: der gemeinsame Ursprung im christlichen Glauben und in der christlichen Tradition.

Die gewählten Hallen der Basilien in der Burg auf der Höhe des Marienberges über der Stadt der Schönbornbischöfe stellen die mittelalterlichen Werke in die ihnen gemäße Atmosphäre. Die Gestalt des hl. Kilian, des Schutzpatrons des Frankenlandes, sein durch den Tod besiegeltes bekehrtes Leben und Wirken steht im Mittelpunkt dieser Schau, deren Kostbarkeiten, vor allem die heiligen Bücher, Reliquiare, Monstranzen, Taufbecken und sonstige Paraphernalia zuerzucht nach ihrer ursprünglichen Funktion dienen.

Von ergreifender Wirkung ist zugleich das am Eingang aufgerichtete riesige Kilianbanner aus dem 13. Jahrhundert, das älteste deutsche Feldzeichen überhaupt, das noch erhalten ist. Auf der straff gespannten Fahnenleinwand erkennt man die überlebensgroße Gestalt des Heiligen, angehan mit Schwert und Krummstab. Dann das Kilianevangelium, das der Überlieferung gemäß bei der Auffindung und Erhebung der Gebeine des Heiligen im Jahre 763 gefunden wurde und die Enthauptung Kilians und seiner beiden Gefährten und ihre Himmelfahrt über dem aus deren Blut sprühenden Weinstock zeigt. Ein Meisterwerk mittelalterlicher Goldschmiedekunst ist auch der Tragaltar des Roger von Heimarshausen (aus dem Paderborner Domschatz), der ebenso wie das Kilianevangelium der Würzburger Universitätsbibliothek oder die Elfenbeinreliefs von zahlreichen Bucheinbänden Leben und Wirken der Heiligen festhält. Invergleichbar schön der Al-

Tribüneneinsturzprozeß bis 18. Juli vertagt

Markgröninger Unglück vor Gericht / Widersprechende Aussagen der Angeklagten

Stuttgart. Die am Dienstag vor dem Stuttgarter Landgericht begonnene Hauptversammlung gegen die Verantwortlichen des Tribüneneinsturzes beim Schäferlauf in Markgröningen im August des letzten Jahres, mußte am Mittwochvormittag bis zum 18. Juli vertagt werden. Ein Schöffe war wegen der Hitze im Gerichtssaal krank geworden.

Bei dem Einsturz einer Seitentribüne waren damals drei Menschen getötet und 98 verletzt worden. Zurzeit des Einsturzes hatten sich auf der Tribüne 1029 Personen befunden.

Angeklagt sind ein 60 Jahre alter Zimmermann, der die Tribüne gebaut hatte, ein 23jähriger Bauingenieur, der damals als stellvertretender Stadtbaumeister in Markgröningen tätig war, und der Kreisbaumeister aus Markgröningen, der die Tribüne polizeilich abgenommen haben soll. Allen Angeklagten wird fahrlässige Tötung bzw. fahrlässige Körperverletzung vorgeworfen.

Die drei Angeklagten bekannten sich als nicht-schuldig. Der Zimmermann erklärte, die Tribüne sei immer in derselben Weise erstellt worden, ohne daß sich bis zum vergangenen Jahr ein Unfall ereignet hätte. Er sei der Ansicht, daß in der Nacht irgend jemand Nägel oder

Bretter von der Tribüne gelöst habe. Der stellvertretende Stadtbaumeister betonte, daß die Verantwortung für den Tribünenbau beim Kreisbaumeister gelegen habe, der dann auch die Tribüne abgenommen habe. Der angeklagte Kreisbaumeister aus Markgröningen erklärte demgegenüber, er habe die baupolizeiliche Abnahme ausdrücklich abgelehnt, weil ihm keine schriftlichen Unterlagen vorgelegt worden seien. Dieser Aussage trat der stellvertretende Stadtbaumeister entschieden entgegen. Der Kreisbaumeister habe mit keinem Wort gesagt, daß er die Tribüne nicht abnehmen könne und habe seine Zustimmung für die Inbetriebnahme erteilt.

Regen peitschte über Südwestdeutschland

Heftige Gewitter brachten teilweise Abkühlung von 15 Grad / Beträchtliche Schäden

Stuttgart. In verschiedenen Gegenden Südwestdeutschlands kam es am Nachmittag und in den frühen Abendstunden des Dienstags zu Gewittern, die meist von kurzen, aber heftigen Regenfällen und starken Böen begleitet waren und eine föhlabkühlung mit sich brachten. Auch über dem Kreis Tübingen und anderen

Wer ist der Mörder?

Anhaltspunkte fehlen noch

Großsachsenheim. Über den Mörder des zwölfjährigen Schülers Erich Olke, der seit dem 22. Juni vermißt und am Dienstag in einem Wald bei Großsachsenheim aufgefunden wurde, ist noch nichts bekannt. Zwei zunächst festgenommene Männer mußten wieder freigelassen werden.

Die Obduktion der Leiche des zwölfjährigen Schülers hat nach Mitteilung der Landespolizeidirektion Stuttgart keine Aufklärung über die Todesursache gebracht. Würmale oder andere Verletzungen wurden nicht festgestellt. Die Mordkommission erklärt jedoch, daß der Tod unter Umständen durch Zuhalten der Nase und des Mundes des Schülers eingetreten sein könnte.

Aus Baden

Bodenseetemperatur: 28 Grad

Meersburg. Das Bodenseewasser hat in den letzten Tagen bei Meersburg eine Temperatur von 28 Grad erreicht und brachte damit den Abertausenden von Einheimischen und Fremden, die sich im See etwas abkühlen wollten, nur wenig Erfrischung. Im vergangenen Jahr war nur an einem einzigen Tag im August eine derart hohe Temperatur des Wassers gemessen worden. In der Nacht zum Mittwoch ist nun im Bodenseegebiet zum erstenmal seit längerer Zeit wieder Regen gefallen, der eine geringe Abkühlung brachte.

Abschiedsparade für Landeskommissar Pène

Freiburg. Zu Ehren des scheidenden französischen Landeskommissars für Baden, Pierre Pène, hat am Dienstag in Freiburg eine Abschiedsparade stattgefunden, an der auch Düsenjäger beteiligt waren. Unter den deutschen Gästen sah man den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Wöhleb und den ehemaligen Innenminister Dr. Schühly. Am Dienstagabend gab Pène auf seinem Dienstauftrag auf Schloß Umkirch bei Freiburg einen Abschiedsempfang für etwa 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Pène hatte sich schon am Samstag von der Freiburger Stadtverwaltung verabschiedet.

Mißernte im Markgräfler Rebgebiet

St. Georgen. Das Markgräfler Rebgebiet zwischen Freiburg, St. Georgen und Haltingen steht nach Mitteilung des Präsidenten des badischen Weinbauverbandes, Friedrich Schüller, vor seiner schlechtesten Ernte seit vielen Jahren. Man schätzt, daß nur etwa 10 Prozent des Ertrags eines normalen Herbstes aufkommen werden.

Seenachfest in Radolfzell

Radolfzell. Das Seenachfest des Untersees findet am 20. Juli statt.

90 Jahre badischer Sängerbund

Konstanz. Der badische Sängerbund kann in diesem Jahr auf sein 90jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Jubiläum soll am 14. September in Karlsruhe gefeiert werden. Das Programm wird auf der nächsten Arbeitstagung des Präsidiums des Sängerbundes am 13. Juli festgelegt.

Bundesbahn warnt vor Bahnfrevel

Karlsruhe. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe warnt in einem Aufruf an die Bevölkerung von den sich in der letzten Zeit häufenden Fällen von Bahnfrevel. Nach Angaben der Direktion sind im vergangenen Jahre in 42 Fällen Eingriffe in Signaleinrichtungen, in den Bremsbetrieb sowie Diebstähle von Freileitungen und Kabeln festgestellt worden. Dadurch sei die Betriebssicherheit der Eisenbahn erheblich gefährdet worden.

„Die Deutschen haben im stillen trainiert“

Wieviele Goldmedaillen für Rußland, USA, Deutschland?

Die Frage, welche Rolle der russische Sport bei den Olympischen Spielen in Helsinki spielen wird, erörtert in der englischen Presse eine eingehende Untersuchung durch einen groß aufgemachten vier-spaltigen Artikel in dem Londoner Blatt „Reynolds News“, in dem die Untersuchung über den Sport in der UdSSR auch mit allgemeinen Betrachtungen und mit Hinweisen auf die Stärke des amerikanischen und des deutschen Sports verbunden wird. In den Ausführungen des englischen Blattes heißt es u. a. wie folgt:

„Es gibt keinen besseren Weg im Sport als den unseren, der die Freude an die erste Stelle stellt. Aber es gibt auch andere Wege, die in zunehmender Weise erfolgreich sind. Keiner von diesen ist

mehr unterscheidend als der russische Weg und in Helsinki erwarte ich in diesem Monat, daß die Russen einen erfolgreichen Angriff auf den Weltstandard unternehmen werden. Die Russen wollen viele Goldmedaillen gewinnen. Noch wichtiger, sie wollen viele Plätze zwischen den ersten Beden erobern. Aber dennoch werden sie bei den am 13. Juli beginnenden Olympischen Spielen nicht dominieren. Die amerikanische Vertretung ist stärker als je zuvor. Das gilt auch für die britische.

Die Deutschen haben im stillen trainiert, um Erfolge zu erzielen, als Teil ihrer Aktion, eine Wiedererkennung in der Welt zu finden, politisch sowohl als sportlich.“

Nach einer Untersuchung der Lage auf den einzelnen Sportgebieten kommt Eric Wright, der zu den führenden Köpfen der englischen Sportjournalisten gehört, zu dem nachfolgenden Schluß:

„Ich zweifle nicht daran, daß die Russen beträchtliche Erfolge erzielen werden. Ihr Sport ist von dem unsrigen verschieden. Sowjet Sport ist in der Tat eine exakte Wissenschaft, im Dienste des Staates. Ich ziehe unseren Weg vor, aber ich werde sehr interessiert sein, die Methoden miteinander im Wettkampf zu sehen.“

Kann Bannister 3:40 laufen?

Einer der ersten englischen Leichtathletik-Experten, der frühere Meilen-Champion Joe Hinke unterzieht in dem Londoner Blatt „News of the World“ die Leistungen der deutschen 1500-m-Läufer einem Vergleich mit dem Können der britischen Helsinki-Ahnräger für die 1500-m-Strecke. Er führt die Zeit von Lueg mit 3:43,9 an und meint, daß die deutschen 1500-m-Läufer in Helsinki für ein scharfes Tempo sorgen werden. „Diese Taktik sollte“, so schreibt der englische Fachmann, Bannister auszeichnen passen und ihm die Chance geben, der Star der deutschen Läufer zu folgen und mit seinem kraftvollen Spurt in einer Zeit von etwa 3:40 zu gewinnen.“

Roger Bannister hat in diesem Jahre kein einziges schweres 1500-m- oder Meilen-Rennen bestritten. Der Medizinstudent hat sich mit wissenschaftlicher Gründlichkeit seit London 1948 auf den 1500-m-Lauf in Helsinki vorbereitet, aber alle Vermutungen und Voraussagen über sein Können und eine Zeit von 3:40 sind rein theoretischer Natur und basieren lediglich auf einem großen Zutrauen, das man Bannister in England nach seinen vorjährigen Leistungen entgegenbringt.

Kurz berichtet

Der Franzose Gerard Pierre, der nach seinen Siegen im Streckenlauf und Streckenlauf mit festgelegtem Ziel bereits als sicherer Sieger bei der Segelflug-Weltmeisterschaft ausah, hat seinen Vorsprung bei der Geschwindigkeitprüfung gegenüber dem Engländer F. Wills eingebüßt.

Deutschland schlug die Schweiz 54:38 (27:20) in einem am Dienstag in Zürich vor 8000 Zuschauern ausgetragenen Basketball-Länderspiel.

Die Olympische Fackel erreichte am Dienstagabend um 8 Uhr die finnische Grenze. Auf der Grenzbrücke zwischen Haparanda und Tornes übernahm der frühere finnische Olympiasieger Ville Pihala die Fackel und trug sie auf den Sportplatz, wo gleichzeitig ein Lauf mit der Mitternachtszonen-Fackel eintraf. Beide Flammen wurden in einer Feuerschale vereint.

Die deutsche Amateurboxstaffel Rotweiß Stuttgart siegte am Dienstag im Wiener Würzring gegen eine verstärkte Mannschaft von Schwarzweiß mit 10:3 Punkten.

Direktor des Mainfränkischen Museums, in der Einführung des reichbebilderten und breit kommentierten Kataloges mit Recht sagt —, dem das Symbol noch Realität, dem Frömmigkeit noch Lebenszweck und Kunst noch selbstverständliches Handwerk war. W. Nölle

Als Höhepunkt der 1200-Jahrfeier des Bistums Würzburg begann am Dienstag das Fest des hl. Kilian, die Kilian-Festoktav, mit einer großen Glaubenskundgebung in der Würzburger Kathedrale, der Neumünster-Kirche. Zahlreiche Mitglieder des deutschen Episkopats wollen zur Festoktav in Würzburg. Die Erzbischöfe Otto Kolb von Bamberg und Dr. Wendelin Rauch von Freiburg, die Bischöfe Dr. Albert Stohr von Mainz, Dr. Josef Wendel von Speyer, Dr. Karl Josef Leiprecht von Rottenburg und Dr. Josef Schröfer von Eichstätt, Weihbischof Adolf Bolte von Fulda sowie die Äbte Petrus Trefflinger von Lambach und Burkhardt Utz von Münster-Schwartzach Am Sonntag findet zum Abschluß ein Pontifikalamt auf dem Würzburger Residenzplatz statt, bei dem der apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Aloysius Münch, den päpstlichen Segen erteilen wird.

Kulturelle Nachrichten

Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen veranstaltet am Donnerstag, 17. Juli 1952, 10 Uhr c.t. im Festsaal der Neuen Aula eine Gedenkstunde zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Adolf Schlatter. Prof. Dr. Otto Michel wird sprechen über „Adolf Schlatter als exegetischer Theologe“ und Prof. Dr. Adolf Köberle über „Adolf Schlatter als systematischer Theologe“. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Während des jetzt abgeschlossenen akademischen Jahres in den USA waren an amerikanischen Hochschulen und Universitäten 1280 deutsche Studenten immatrikuliert. Damit stellte die Bundesrepublik hinter Kanada und China die drittstärkste Nationalitätengruppe unter den ausländischen Studenten in den Vereinigten Staaten, deren Zahl mit insgesamt etwa 31 000 angegeben wird. In den 20er Jahren wurden in den USA noch durchschnittlich 1300 und in den 30er Jahren 6000 ausländische Studierende gezählt.

